

Ressort: Politik

Linke Spitzenkandidaten in Ostdeutschland werben für Bündnis mit SPD

Berlin, 04.07.2014, 08:17 Uhr

GDN - Die Spitzenkandidaten der Linkspartei für die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen appellieren in einem gemeinsamen Aufruf an ihre Parteimitglieder und an die SPD, in allen drei Bundesländern eine gemeinsame Regierung mit den Sozialdemokraten zu ermöglichen. "Eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Richtung links ist möglich und nötig", heißt es in dem der "Leipziger Volkszeitung" (Freitagausgabe) vorliegenden Aufruf, der im Rahmen der Vorstandsklausur der Bundespartei an diesem Wochenende in Dresden verabschiedet werden soll.

Die Linkspartei erreiche das gemeinsame Ziel "nicht, wenn wir auf die Bremse treten", fordern der sächsische Fraktionsvorsitzende Rico Gebhardt, Brandenburgs Finanzminister Christian Görke und Thüringens Ministerpräsidenten-Kandidat Bodo Ramelow gemeinsam mit den Bundesvorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger. Im Zentrum des über den Osten angestrebten "Gegengewichts zur Dominanz der Merkel-Koalition" werden als Grundbedingungen für eine Regierung mit der SPD unter anderem ein Ausbau der sozialen Sicherung und der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen gefordert. Außerdem müsse man gemeinsam für einen Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West eintreten. Es sei "höchste Zeit für eine linke Politik", lautet das Motto des Wahlaufrufs. Ein Kreis konservativer Sozialdemokraten unter Wortführung der früheren Bundestagsabgeordneten Rainer Fornahl und Gunther Weißgerber warnt derweil die eigenen Parteifreunde in einem offenen Brief davor, "die organisierte Erbgemeinschaft" der DDR-Hinterlassenschaft zu integrieren. "Ihr könnt das Zerbröseln der SPD nicht befördern wollen", warnen die Politiker in dem Brief an die thüringische SPD-Spitzenkandidatin Heike Taubert. Es könne nicht sein, dass sich "eine Partei wie die SPD selbst aufgibt".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-37242/linke-spitzenkandidaten-in-ostdeutschland-werben-fuer-buendnis-mit-spd.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619